



Dr. Wolfgang Stefinger
Mitglied des Deutschen Bundestages

Pressemitteilung

**Drohende Schließung des Cincinnati-Kinos – kosten Versäumnisse der
Landeshauptstadt den Steuerzahler Millionen?
MdB Stefinger fordert Aufklärung**

München, 12.03.2014

Bundeswahlkreis München-Ost

Am Eicherhof 16
81929 München
Telefon: +49 (0)89 41424500
Telefax: +49 (0)89 414245010

Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: +49 (0)30 227-73230
Telefax: +49 (0)30 227-76230

wolfgang.stefinger@bundestag.de
www.wolfgang-stefinger.de

Zur Diskussion um den Erhalt des Cincinnati-Kinos erklärt der
CSU-Bundestagsabgeordnete Dr. Wolfgang Stefinger:

„Die aktuelle Diskussion um den Erhalt des Cincinnati-Kinos ist
Folge von Versäumnissen im Zusammenhang mit der
Realisierung des dringend erforderlichen Erweiterungsbaus der
Europäischen Schule am Perlacher Forst. Dabei sind die
Vorgaben des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages
für die Realisierung des Erweiterungsbaus eindeutig. Diese
bestimmen:

1. Verkürzung der Bauzeit durch Umstrukturierung der
Ablaufplanung mit dem Ziel, die Beeinträchtigungen für die
Anwohner zu minimieren und dadurch rund 2,1 Millionen Euro
einzusparen.
2. Gewährleistung einer lückenlosen Nahversorgung. Das
bedeutet im Hinblick auf die Einkaufsmöglichkeiten vor Ort ein
nahtloser Übergang vom bisherigen HIT-Markt hin zu einem
neuen Nahversorger.“

Diese Vorgaben scheinen aber ganz offensichtlich in
Vergessenheit geraten zu sein. „Der zeitliche Ablauf der
Realisierung des Neubaus der Europäischen Schule ist
vollkommen unakzeptabel, insbesondere weil das bisherige
Schulgebäude in Neuperlach aus allen Nähten platzt“, so
Stefinger.

Ursprünglich wurde im Rahmen einer
Wirtschaftlichkeitsprüfung des Staatlichen Bauamts München 1
mit einer Baufertigstellung im Jahr 2017 kalkuliert. Nunmehr
rechnet man mit einer frühestmöglichen Fertigstellung zum
Schuljahr 2018/2019.

Dr. Stefinger: „Damit hat man sich vom ursprünglichen Zeitplan
offensichtlich verabschiedet. Wie ich jetzt in Erfahrung bringen
konnte, wurde die Beteiligung der Träger öffentlicher Belange



nach § 4 Baugesetzbuch aufgrund **personeller Engpässe bei der Stadt München** erst in diesen Tagen gestartet. Der erforderliche Satzungsbeschluss der Stadt für den Bebauungsplan kann somit voraussichtlich frühestens im Dezember dieses Jahres gefasst werden! Der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages muss sich jetzt damit beschäftigen, welche Mehrkosten für den Steuerzahler durch dieses städtische Versäumnis entstehen.

Der Presseberichterstattung vom 12.03.2014 ist zu entnehmen, dass erst jetzt festgestellt wurde, dass ein Fernwärmeanschluss fehle. Dies wirft sämtliche bisherige Planungen für einen lückenlos zur Verfügung stehenden Nahversorger über den Haufen. Für mich aber steht fest, dass die Stadt und die für den Bund agierende Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) für die Sicherstellung einer lückenlosen Nahversorgung verantwortlich sind.“

Dr. Stefinger: “Dieser Sachverhalt muss aufgeklärt werden. Ich habe mich daher mit einer Berichtsanhörung an die Bundesregierung gewandt. Es muss geklärt werden, wer aufgrund welcher Überlegungen von den Vorgaben des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages abgewichen ist, welche Kostensteigerungen sich hieraus ergeben und wer für diese – wie ich erwarte – für den Steuerzahler teuren und für die Anwohner unakzeptablen Änderungen verantwortlich ist.“